



Karin Binder
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frauenpolitische Sprecherin
Fraktion *DIE LINKE*.

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum E.826
☎ (030) 227 – 70 600
📠 (030) 227 – 76 600
✉ karin.binder@bundestag.de

Karin Binder, MdB • Postfach 1910 • 76007 Karlsruhe

Staatsministerium Baden-Württemberg
Herrn
Ministerpräsident Günther Oettinger
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart

Wahlkreis

Kreuzstr. 4
76133 Karlsruhe
☎ (0721) 3 548 575
📠 (0721) 35 489 396
✉ karin.binder@wk.bundestag.de
www.karin-binder.de

Karlsruhe, den 10.02.2006

Offener Brief zum Fragebogen für muslimische Einbürgerungswillige

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Oettinger,
sehr geehrter Herr Innenminister Rech,

mit diesem Schreiben möchten wir Sie auffordern, den Fragebogen für muslimische Einbürgerungswillige unverzüglich zurückzunehmen. Dieser sogenannte Gesinnungstest stigmatisiert eine ganze Bevölkerungsgruppe und verhindert Integration anstatt sie zu befördern.

Bitte nehmen Sie die Kritik von nahezu allen Seiten ernst und gehen Sie auf die Argumente einer Vielzahl von Verbänden und Parteien sachlich ein. Mit einiger Verwunderung nehmen wir in diesem Zusammenhang zur Kenntnis, dass die Landesregierung stattdessen versucht den eigentlichen Charakter des Gesinnungstest öffentlich zu verschleiern.

So wurde Ihrerseits wiederholt behauptet, der Test würde nur bei bestimmten Verdachtsmomenten zum Einsatz kommen – was an sich schon eine gewisse Willkür beinhaltet und daher abzulehnen ist. Im Gegensatz dazu berichtete die Presse von einer Verwaltungsvorlage, die besagt, dass der Test bei allen einbürgerungswilligen Moslems aus insgesamt 57 Ländern zum Einsatz kommen soll.

Die Anweisung des Innenministeriums vom 13.9.2005 (Aktenzeichen 5-1012 4/12) äußert einen Generalverdacht gegen alle Muslime: Danach bestünde bei jedem Muslim, der sich einbürgern lassen wolle, Zweifel an der „inneren Hinwendung“ zu Deutschland. Dabei wird auf eine Erhebung verwiesen, nach der ca. 21 Prozent der Moslems Koran und Grundgesetz nicht miteinander vereinbaren könnten.

Diese Argumentation macht aus unserer Sicht nochmals deutlich, dass Sie an einem grundsätzlichen und pauschalen Verdacht festhalten.

Der von Ihnen in die Debatte eingebrachte sicherheitspolitische Aspekt, ausgesprochen in der Hoffnung, Extremisten ausgerechnet auf diesem Weg frühzeitig zu erkennen, ist in diesem Zusammenhang vollkommen unpassend und nicht nachzuvollziehen. Kein Sicherheitsexperte teilt Ihre Ansicht, dass über einen solchen Fragenkatalog Straftäter frühzeitig ermittelt werden könnten. Was bleibt, ist ein Pauschalverdacht, der sich in einem Rechtsstaat eigentlich verbieten sollte. Die Verhinderung von Straftaten muss ausschließlich

Aufgabe von polizeilichen Behörden bleiben und darf nur auf konkreten und rechtmäßig zustande gekommenen Ermittlungsergebnissen basieren.

Bis auf weiteres sehen wir hinter Ihrem Vorstoß einen Schachzug, der Ihrer Profilierung im Landtagswahlkampf dienen soll – letztendlich auf dem Rücken von MigrantInnen. Die Wähler, die Sie damit ggf. ansprechen wollen, stehen wahrscheinlich aber noch weniger auf dem Boden des Grundgesetzes, als Sie es von den einbürgerungswilligen Menschen aus 57 vorwiegend moslemischen Staaten annehmen.

Integration ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Unser Bundesland gehört zu denjenigen mit dem höchsten Anteil nicht deutscher Bevölkerung. Die Menschen in Baden-Württemberg können auf eine lange und – wie wir finden – überwiegend erfolgreiche Integrationsgeschichte zurückblicken. Überwiegend meistern die Menschen (die hier geborenen und die neu dazu gekommenen) diese Aufgabe im Alltag wesentlich pragmatischer und erfolgreicher, als die Politik gerne unterstellt. Umso schlimmer, wenn die Politik durch Vorstöße wie diesen die Menschen auseinander treibt.

Wir fordern Sie deshalb auf, von einer Politik Abstand zu nehmen, die das „Fremde“ grundsätzlich als Bedrohung wahrnimmt und Unterschiede nicht respektiert als das, was sie sind - menschlich und gut für gesellschaftliche Entwicklung. Einen solchen Ansatz lässt der Fragebogen und die Integrationspolitik der Landesregierung der letzten Jahre leider nicht ansatzweise erkennen.

Sinnvolle, Integration fördernde Maßnahmen wären aus unserer Sicht z.B. die umfassende schulische und berufliche Förderung von jungen Immigrant/innen, die Ausweitung der Sprachkurse gemäß des Zuwanderungsgesetzes auf alle Immigrantengruppen und in diesem Rahmen auch der Ausbau des landeskundlichen Moduls, damit Immigrant/innen grundsätzlich die Chance bekommen, hier eine Heimat zu finden und am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilzunehmen.

Gemeinsam mit vielen gesellschaftlichen Gruppen – darunter viele Verbände von Migrantinnen und Migranten – werden wir uns aktiv dafür einsetzen, dass der Gesinnungstest nicht zur Anwendung kommt und Einbürgerungswillige und andere Migrant/innengruppen nicht unter einen Pauschalverdacht fallen. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Erklärung einiger baden-württembergischer Kommunen, auf die Anwendung des Fragebogens verzichten zu wollen.

Wir möchten Sie abschließend bitten, zu unseren Argumenten Stellung zu nehmen. Bitte nehmen Sie Abstand von Ihrem Vorhaben, das viel Schaden anrichten und Integration gefährden wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Karin Binder, Karlsruhe (MdB, Die Linke.)

gez. Ulrich Maurer, Stuttgart (MdB, Die Linke.)

gez. Heike Hänsel, Tübingen (MdB, Die Linke.)

Verweis auch auf Artikel "Alle Muslime sind verdächtig",
in Süddeutsche Zeitung vom 29.1.2006,

online abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/deutschland/artikel/140/69071/2/>